

sagt. Dieser signalisiert ein Entgegenkommen der Behörden, doch

Irving J. Dunn



Der 75-jährige, emeritierte ETH-Professor und seine Frau, ehemals Englischlehrerin, haben drei erwachsene Kinder.

sei das Verfahren noch nicht festgelegt: «Möglicherweise müsste Herr Dunn jene Prüfungen nicht mehr ablegen, welche er bestanden hat.» Auch eine Kostenreduktion sei möglich: «Ich gehe davon aus, dass gewisse Kosten nicht mehr anfallen würden.» Für Dunn sind das gute Nachrichten: «Wenn es so aussieht, dann werde ich ein neues Gesuch stellen, wenigstens um zu erfahren, was ein zweites Verfahren kosten und beinhalten würde», sagt er.

Dunn hofft, dass sein Fall Diskussionen auslöst über das Einbürgerungsverfahren. Auch Eberle wünscht sich eine Debatte über das Gemeindebürgerrecht: «Dieses ist aufgrund der grösseren Mobilität der Bevölkerung eventuell nicht mehr zeitgemäss.» Statt durch die Gemeinden könnte das Bürgerrecht vom Bund vergeben werden und automatisch in der Wohngemeinde gelten.

Steuererlass für Milizpolitiker

Gemeinden fordern finanzielle Anreize zur Linderung der Personalnot

Viele Gemeinden tun sich schwer damit, politisches Personal zu finden. Ihr Verband will darum nun die Vergütung der Milizpolitiker von der Steuer befreien.

Daniel Friedli

Das Milizprinzip ist gemäss Theoriebuch eine tragende Säule der Schweizer Politik. In der Praxis gerät diese aber zusehends ins Wanken. Fast jede zweite Gemeinde hat heute Mühe, Personal für den Gemeinderat oder andere kommunale Aufgaben zu finden. Die Engpässe gehen mitunter gar so weit, dass Gemeinden externe Geschäftsführer anstellen, Bürger gegen deren Willen in Ämter wählen oder sich vorübergehend vom Kanton verwalten lassen müssen.

Angesichts dieser Schwierigkeiten geht der Gemeindeverband nun in die Offensive. Er fordert vom Bund mehr Engagement bei der Ausbildung von kommunalen Milizpolitikern sowie zusätzliche finanzielle Anreize für deren ehrenamtliche Tätigkeit. «Vor dem Hintergrund, dass zahlreiche Gemeinden zunehmend Schwierigkeiten haben, Leute für

die Gemeindebehörden zu finden, soll als Anreiz eine Steuerbefreiung der Entschädigung geprüft werden», sagt Verbandsdirektor Ulrich König. Das Vorbild dafür sieht er bei der Feuerwehr: Auch deren Sold wurde vor einigen Jahren von der Steuer befreit, unter anderem, um das freiwillige Engagement attraktiver zu machen. Nun sollen laut König zumindest auch jene rund 15 000 Bürger davon profitieren, die sich ehrenamtlich in Gemeindeexekutiven engagieren.

Vorstoss ist hängig

Der Gemeindeverband stellt sich damit hinter ein Anliegen, das SVP-Nationalrat Jean-Pierre Grin im September per Postulat ins Parlament gebracht hat. Als langjähriger Bürgermeister der kleinen Waadtländer Gemeinde Pomy weiss Grin, wovon er spricht: Er habe unzählige Abende mit zwei- bis dreistündigen Sitzungen und einer Entschädigung von 50 Franken verbracht. Die Aufgaben seien dabei immer komplexer geworden und der dafür nötige Einsatz immer grösser. «Wenn man dann noch einen guten Teil der Entschädigung an die

Jean-Pierre Grin



Der Waadtländer SVP-Mann setzt sich im Nationalrat für die Steuerbefreiung der Entgelte von Milizpolitikern ein.

Steuer verliert, kann das schon auf die Motivation schlagen», sagt Grin. Und mit einer simplen Erhöhung der Vergütung, so der SVP-Mann, sei es eben nicht getan. In der Waadt habe man dies vielerorts probiert, mit der Folge, dass die Verantwortlichen bei der Veranlagung in einer höheren Progressionsstufe rutschten und einen guten Teil der Erhöhung postwendend wieder an die Steuerbehörden zurückzahlen mussten.

Grin hat für sein Anliegen Unterstützung aus mehreren Parteien erhalten. Zu den Mitunterzeichnern seines Vorstosses gehören etwa CVP-Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach, die dem Vorstand des Gemeinde-

verbandes angehört, sowie FDP-Mann Kurt Fluri, der Präsident des Städteverbandes.

Trend in andere Richtung

Dass das Anliegen schlank durchkommt, ist damit indes nicht gesagt, zumal das Pendel vielerorts eher in die andere Richtung schlägt. So haben etwa die Kantone Basel-Stadt und Genf unlängst die bisher steuerfreie Entschädigung ihrer Legislativpolitiker der Steuerpflicht unterstellt. Und auch den National- und Ständeräten im Bundeshaus droht eine Erhöhung der Fiskallast.

SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer fordert, dass künftig auch die Spesenpauschale von 33 000 Franken im Jahr für Personal- und Sachausgaben, welche die Räte heute steuerfrei beziehen dürfen, ans steuerbare Einkommen angerechnet wird. Das Volk habe für solche generellen Steuervorteile für Parlamentarier kein Verständnis mehr, lautet ihr Argument. Die Rechtskommission des Nationalrates hat sie damit bereits überzeugt, demnächst kommt ihr Vorstoss nun in die zuständige Kommission des Ständerates.

FDP die Ablehnung der Gold-Initiative. Die BDP fasste am Samstag an ihrer Delegiertenversammlung in Reinach (BL) sogar ohne Gegenstimme die Nein-Parole zu diesem Volksbegehren. Auch die Delegierten der Grünen empfahlen die Vorlage in Mendrisio oppositionslos zur Ablehnung. (sda)

77-Jähriger bei Sturz umgekommen

Ein Rentner hat sich am Freitag in Fischenthal bei einem Sturz von einem Baum tödliche Verletzungen zugezogen. Der 77-Jährige hatte am Nachmittag beim Ästeschnneiden das Gleichgewicht verloren. Wie die Kantonspolizei Zürich in einem Communiqué vom Samstag schreibt, stürzte der Mann aus vier Metern Höhe zu Boden. (sda)

Gewerkschaft Syna für faire Arbeitszeit

An ihrem zweitägigen Kongress in Brig hat sich die Gewerkschaft Syna mit der fairen Regelung der Arbeitszeiten befasst. Die Themen Stress und Überarbeitung müssten enttabuisiert werden, forderten die Vertreter der Gewerkschaft, die in den Sektoren Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen tätig ist und 60 000 Mitglieder zählt. (sda)

Dreifuss unterstützt Cannabis-Vereine

Alt Bundesrätin Ruth Dreifuss setzt sich für das Projekt legaler Cannabis-Vereine ein. Ihre Hilfe soll die skeptische Haltung Alain Bersets ändern.

Möglichkeiten, um die geplanten Cannabis-Vereine auf eine gesetzliche Basis zu stellen. Diese Einrichtungen würden den Mitgliedern den Anbau, Vertrieb und Konsum der Droge unter Aufsicht

von der Genfer Kantonsregierung, um Cannabis-Vereine gründen zu können.» Die frühere Gesundheitsministerin Dreifuss nimmt sich damit der Aufgabe an, ihren SP-Kollegen und heutigen

und eidgenössischen Drogenkommission angehört, hofft auf eine Vorreiterrolle Genfs. Die Regierung wird sich im November aufgrund eines in den nächsten Tagen fertiggestellten Berichts

ANZEIGE


RÉGINE GIROUD JUWELEN
Since 1984

